Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18691, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 23. Mai 1928 — Nummer 119

Neue Todesopfer des Giftgases

Bisher 11 Tote, weitere Opfer in Lebensgefahr / Vertuschungsmanöver / Sozialdemokratische Rußlandhetze
Französische Hilfe für die Giftgasfabrikanten / Zusammenstoß im Braun-Prozeß / Ein Verteidiger ausgeschaltet

Zwanzigfache Giftmenge am Platze

Hamburg, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zahl der Todesopfer hat sich auf elf erhöht. Bis heute sind 219 Kranke im Harburger St.-Georgen-Krankenhaus, darunter 3 Schupo, die ohne Gasmasken eingesetzt wurden, untergebracht. Die bürgerl. Presse spricht von der Möglichkeit neuer Todesopfer. In Harburg und Wilhelmshöhe bemächtigt sich der Arbeiter eine ungeheure Erregung. Die Partei hat in den von der Katastrophe betroffenen Gebieten zu Donnerstag zu 3 Massenprotestkundgebungen aufgerufen und sich an folgende Organisationen gewandt: Sportkartell, Roter Frontkämpferbund, Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Freidenker, Internationale Gesellschaft für Frieden und Freiheit, Friedenskartell, Deutsche Friedensgesellschaft. Die SPD versucht mit dem Hinweis auf Waffenlieferungen an Sowjetrußland abzulenken. Von der Schuld des Koalitionssenats, der trotz der Gefährlichkeit der Gase diese in Arbeitervierteln lagern ließ. Im Hamburger Fremdenblatt wird eine Erklärung der Direktion veröffentlicht, daß alles vorschriftsmäßig gelagert sei. Die Fraktion der KPD mußte heute in der Bürgerschaft einen Vorstoß für ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten, Ueberführung von Kranken in Sanatorien auf Kosten des Staates.

Nach einer Mitteilung des 8-Uhr-Abendblattes lagerte auf dem Platze, an dem die Katastrophe stattfand, noch Giftgas in der 20fachen Menge des undicht gewordenen Behälters. Ein bloßes Ausströmen des Gases allein aus diesem Behälter hätte schon den größten Teil der Stadt ernsthaft gefährden können. Wäre aber das Unglück noch größer geworden, so stand die Gefahr der Vernichtung der Einwohnerschaft von ganz Hamburg. Man muß dabei bedenken, daß dieses Phosgen absolut unbemerkbar ist und erst dann bemerkt wird, wenn die Vergiftung schon eintritt. Weiter ist dies Gas von einer ungeheuerlichen Gefährlichkeit. Schon ein Atemzug genügt, um den Tod herbeizuführen. Selbst in einer Verdünnung von 1:100 000 wirkt dieses Gas noch tödlich. Daraus ergibt sich die große Zahl der Opfer. Damit ergibt sich aber auch, wie große Strecken durch dieses Gas vergiftet werden können.

Natürlich versuchen jetzt die Giftgasproduzenten von der Verantwortung abzulenken. Alle Behörden und Kapitalisten versuchen eine Vertuschung der Vorgänge durchzuführen. Am gehässigsten und skrupellosesten führt die SPD die Vertuschungskampagne für die Imperialisten.

Der heutige Abend-Vorwärts setzt seine gestrige verächtliche Taktik fort und benützt die Giftgas-Katastrophe in Hamburg zu einer neuen unverschämten Sowjethetze, obwohl die Sozialdemokratie durch den kommunistischen Wahlerfolg, zu dem Hunderttausende von ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitern beigetragen haben, erst eine unzweideutige Quittung für die bisherige Sowjethetze bekommen hat. Die Fortsetzung der Bolschewistenhetze durch die SPD-Führer und ihr Zentralorgan dient im Moment vor allen Dingen dazu, die Arbeitermassen, die diesmal der SPD noch ihr Vertrauen schenkten von dem bereits begonnenen Ausverkauf der SPD-Führer um die Bildung der Großen Koalition im Reiche und auch in Preußen abzulenken. Der Abend-Vorwärts glaubt seine erbärmliche Hetze, indem er von der Hamburger Giftstoffirma, auf deren Gelände das Unglück geschah, als von einem „Moskau-Lieferant Stolzenberg" berichtet, und einige durch die kommunistische preußische Landtagsfraktion schon 1926 widerlegte und als Fälschungen gebrandmarkte Dokumente veröffentlicht, wirkungsvoller zu gestalten. Der Vorwärts ist dummdreist genug und spekuliert dabei auf die Vergeßlichkeit der Arbeiterschaft am Schluß seiner Ausführungen zu schreiben:

„Die einzige Partei, die den Giftgasgebrauch im Inland wie im Ausland gleichermaßen bekämpft, ist die Sozialdemokratie, während die Kommunisten für eigene Zwecke sich dieses barbarischen Kampfmittels gern bedienen und es sogar aus der Hand deutscher Militaristen entgegennehmen."

Das schreibt der Vorwärts der Severing und Noske, die mit Granaten, Maschinengewehren, Flammenwerfern und Giftgasen in den Spartakuskämpfen 1918, im mitteldeutschen Aufstand und im Kapp-Putsch, gegen die Rote Armee im Ruhrgebiet, Tausende von Arbeitern hinmordeten, und die bestialischen Schandtaten an ihnen verübten. Das wagt jener Vorwärts zu schreiben, dessen Gesinnungsgenosse Paul Boncour in Frankreich verantwortlich für das letzte Militarisierungsgesetz der französischen Arbeiterschaft ist und dessen englischer Gesinnungsgenosse Mac Donald als Ministerpräsident mit Bombengeschwadern, Kanonen und giftgasen gegen die eingeborene Bevölkerung in den englischen Kolonien und in China wütete. Die deutschen Arbeiter werden über die neue schändliche Bolschewistenhetze des Zentralorgans der sozialdemokratischen Führerschaft mit Verachtung hinweggehen.

Die Firma Stolzenberg erklärt, daß sie die Gase für industrielle Zwecke nach Amerika und Böhmen hergestellt habe. Gestern hieß es noch, es seien Bestände aus dem Weltkrieg. Um einen Schwindel war man gestern nicht verlegen. Die Meldungen gehen hin und her. Gestern wurde gemeldet, daß die IG-Farbenindustrie die Gase geliefert habe.

Heute schreibt die IG-Farben, daß sie mit der Firma Stolzenberg nichts zu tun habe. Dafür schreibt heute der Leiter des französischen Gaskriegs, Prof. Mauren, daß Phosgen für industrielle Zwecke nicht gebraucht werde, es sei nicht zu sagen, daß Deutschland Gas zu Kriegszwecken herstelle. Wo bleibt da die Behauptung des Vorwärts? Uns scheint, Frankreich hat ein Interesse an der Vertuschung.

Der gesamten Arbeiterschaft aber muß der Vorfall eine dringende Warnung sein. Das Verhalten der SPD zeigt, daß sie auf der Seite der Imperialisten steht.

Der Vorwärts bereitet Große Koalition vor

Proletarische Stimmen als Polsterung für Ministersessel

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Zur Regierungsbildung erklärt der Vorwärts, daß die Sozialdemokratische Partei als Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen sei, aber deswegen keine Diktatur ausüben wolle. Eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft kann nur auf rechtlicher Verständigung gebildet werden. Die Deutschnationalen erschweren die Große Koalition. Es besteht für sie nur eine Möglichkeit, die Volkspartei durch Druck und Drohungen von dieser Koalition abzuhalten.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, daß in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit der Großen Koalition erörtert wird. Die Volkspartei wird sich zu Verhandlungen bereit erklären, falls die SPD mit einem solchen Vorschlag an sie herantritt.

Die Große Koalition ist auf dem Marsche. Die sozialdemokratischen proletarischen Wähler werden bald erkennen müssen, daß ihr Stimmzettel nur zur Polsterung von Ministersesseln für SPD-Minister und zur Verschacherung proletarischer Stimmen an das Bürgertum diente!

Kampf gegen den Kommunismus in ganz Europa

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Tägliche Rundschau leitet in ihrer heutigen Nummer in einem Artikel des französischen Unterrichtsministers De Monzie eine Bolschewistenhetze ein. Unter der Ueberschrift, „Der Kampf gegen den Kommunismus in ganz Europa". Die Verhaftung Bela Kuns, der Wahlerfolg der deutschen Kommunisten, der bedeutende Stimmenzuwachs der französischen Kommunisten, beleuchten die Situation in Europa. De Monzie wünscht, daß man diese Frage vor dem Konzern der Europamächte behandelt. Diese Konferenz sei notwendig sowie sofortige Verhandlungen mit den Russen bedeutend wären. Ueber die zukünftige Stellung der Russen im ganzen Osten muß eine Klarheit geschaffen werden. De Monzie fordert weiter die Einberufung der „Generalstaaten des Rechts", der Juristen Westeuropas, um mit den Russen über die Resolution der Nichteinmischung zu sprechen.

Skandal im Braunprozeß

Rechtsanwalt Samter von der Verteidigung ausgeschlossen

Leipzig, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Senat hat im Braunprozeß den kommunistischen Verteidiger mundtot gemacht. Man hat es nicht gewagt, die Mundtotmachung des kommunistischen Verteidigers vor den Wahlen zu vollziehen. Heute nach den Wahlen hat man beschlossen, ihn von der Verteidigung auszuschließen, weil er der Mittäterschaft verdächtigt wird. Gegen den Ausschluß des Genossen Samter wandten sich seine Kollegen Barbarsch und Kugler, die den Senat auch auf die juristische Unhaltbarkeit dieses Beschlusses aufmerksam machten. Rechtsanwalt Barbarsch und Kugler haben sich außerstande erklärt, die Verteidigung des Angeklagten Semmelmann durchzuführen. Man hat daraufhin die Anklage gegen Semmelmann getrennt. Semmelmann, der bereits schon zwei Jahre in Untersuchungshaft sitzt, wurde wieder in den Kerker zurückgeführt, wo er nur durch die Amnestie befreit werden kann.

Auf nach Berlin!

Wenige Tage trennen uns vom 4. Bundestreffen des RFB, dem ersten außerparlamentarischen Kampfaufmarsch des Proletariats gegen den neuen Reichstag, in dem der alte Geist der Bourgeoisie weiterleben wird. So bedeutsam der Wahlerfolg der Roten Front ist, vergessen wir auf keinen Augenblick, daß die Wahlagitation nur als Aufrüttelung und Vorbereitung der Massen zu höheren Formen des revolutionären Klassenkampfes Sinn und Zweck hatte. In diesem Sinne ist das Reichstreffen der Auftakt zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen die Große Koalition, über deren Zustandekommen gerade in dieser Pfingstwoche eifrig verhandelt werden wird.

Das Reichstreffen ist zweitens die Fortsetzung unseres Kampfes gegen das Verbot des RFB. Wie wichtig es ist, der Bourgeoisie zu beweisen, daß die Millionenfront des Proletariats im Kampfe gegen die Unterdrückung der einzigen proletarischen Schutz- und Wehrorganisation auf keinen Augenblick erlahmt, beweist die Stellungnahme der Täglichen Rundschau zu dem kommunistischen Wahlsieg. Das Organ Stresemanns und der Deutschen Volkspartei schreibt:

„Mehr als 3½ Millionen deutscher Arbeiter und Zuläufer sind unter der Parole „Schützt die Sowjetunion!" für fremde Interessen und für die Vernichtung des eigenen Staates an die Wahlurne getreten — ein betrübendes und erschreckendes Zeichen der Zeit und unserer politischen Verhältnisse und zugleich ein nachträglicher deutlicher Kommentar zu dem Versuch Keudells, die Rote Front zu verbieten, gegen den sich Sozialdemokratie und Demokratie wie gegen eine Ungeheuerlichkeit gewehrt haben."

Das bedeutet, daß die kommenden Koalitionsfreunde der SPD auch in der Großen Koalition ebenso auf das Verbot des RFB hinarbeiten werden, wie sie es im Bürgerblock getan haben. Und die sozialdemokratischen Führer, die anläßlich des Keudell-Verbotes nur aus Angst vor den Auswirkungen des Verbotes auf die Wahlen gegen dasselbe Stellung genommen haben, werden den bisher geheuchelten Widerstand gegen ein solches Verbot leichten Herzens aufgeben, wenn die entschlossene stets wachsame Kampfbereitschaft der werktätigen Massen sie nicht zu einer anderen Haltung zwingt. Nicht nur der Kommentar der Täglichen Rundschau, sondern eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verbotsoffensive schon bei den Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition eine große Rolle spielen wird. Deshalb gilt es durch

den imposanten Aufmarsch des Reichstreffens

zu zeigen, daß wir jederzeit bereitstehen, um den geplanten neuen Schlag zu parieren.

Der Kommentar des Stresemannorgans rückt auch den außerpolitischen Hintergrund des Verbots noch einmal in helle Beleuchtung und führt uns damit zur dritten und zentralen Kampflosung des Reichstreffens.

Wenn die imperialistische Bourgeoisie Deutschlands die kommunistischen Wähler mit Recht als die Millionenschicht von Werktätigen ansieht, die durch die Wahl der Liste 6 für den Schutz der Sowjetunion demonstriert haben, so wird sie der gewaltige Pfingstaufmarsch der Roten Front belehren, daß die Massen für den Schutz des ersten Arbeiterstaates nicht nur zu wählen, sondern auch zu kämpfen bereit sind. Wir werden das Kampfgelöbnis des 3. Reichstreffens, das im Mittelpunkt der Begründung des Verbotes stand, auf dem 4. Reichstreffen erneuern und erhärten, und den Kampfaufmarsch der Roten Front zu einer Demonstration gestalten, die nicht nur die deutschen Imperialisten, sondern auch die Chamberlain, Birkenhead, Poincaré und ihre reformistischen Helfershelfer, die Führer der 2. Internationale, überall mit Wut und Haß aufnehmen werden. Das 4. Reichstreffen wird ihnen zeigen, daß ein Marsch gegen die Sowjetunion durch Deutschland jederzeit auf den eisernen, entschlossenen, revolutionären Widerstand der roten Klassenfront stoßen wird.

Viertens ist das Reichstreffen das weithin leuchtende Zeichen unserer Abwehrbereitschaft gegen den faschistischen Terror. Gerade im Augenblick, wo der Faschismus in Italien neue Massenmorde vorbereitet, und Albert Thomas, einen der Führer der 2. Internationale, das faschistische Italien verherrlicht, wird der Rote Kampfaufmarsch, an dem sich Delegationen aus England, Frankreich, Oesterreich, der Schweiz usw beteiligen, zu einer gewaltigen Massendemonstration gegen den faschistischen Terror im internationalen Maßstabe, zu einer Solidaritätskundgebung mit Bela Kun, dem die Auslieferung an das faschistische Ungarn